



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P./XVI/700 - 4. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Für veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Für Notstandsregelung bereit</u> Notstand - Schröders Wahlmunition	90
3	<u>Französische Flüchtlinge und Heimkehrer</u> Zusätzliche Sorgen in Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	42
4	<u>Der Fall Charlotte Klaes</u> Unverständliche Weigerung, ein Schandurteil aufzuheben	36
5	<u>Angegend und selbstherrlich</u> Zum parlamentarischen Stil der CDU/CSU	35
5	<u>Bewunderung</u> Mitgliederzuwachs bei der ostberliner SPD	16
6 - 7	<u>"Krieg bedeutet nichts Heroisches"</u> Zur Erinnerung an Carl von Caspietzky	64

Für Notstandsregelung bereit

U.D. In einer Art Abgesang hat der gegenwärtige Bundesinnenminister Schröder auf dem Kölner CDU-Parteitag noch einmal die Behauptung aufgestellt, "allein die grundsätzliche Ablehnung der Sozialdemokratie" habe eine brauchbare Notstandsregelung verhindert. Zugleich liess er durchblicken, dass er für diese Legislaturperiode nicht mehr mit einer Regelung rechne. Ganz offensichtlich wird demnach Schröder kaum noch den Versuch unternehmen, die Beratung seiner Vorlage in den Bundestagsausschüssen voranzutreiben.

Der Notstandsentwurf der Bundesregierung liegt seit dem vergangenen September in den Ausschüssen für Rechtswesen, Inneres und für Verteidigung, ohne dass es bisher einer möglich war, mit der Beratung auch nur zu beginnen. Im federführenden Rechtsausschuss veranlasste der Abgeordnete Dr. Arndt am vergangenen Mittwoch eine Klarstellung durch den Ausschussvorsitzenden Hoogen (CDU), wonach es weder der SPD-Minderheit noch dem Ausschuss überhaupt zur Last falle, dass die Beratungen noch nicht aufgenommen werden konnten. Ob das von Hoogen in Aussicht genommene Gespräch mit dem Innenminister die Lage noch verändern wird, kann man wohl nach den oben zitierten Ausführungen Schröders bezweifeln.

Es hat in den letzten Monaten nicht an Vermutungen darüber gefehlt, ob es Schröder bei dem ganzen Notstandsstreit um die Vorbereitung von Wahlmunition oder um die Sache ging. Die ziemlich einhellige Ablehnung seines Entwurfes aber bei der Presse, den Ländern und in seiner eigenen Partei hat sein Pulver nass werden lassen. Mit Wendungen wie: die SPD habe eine "brauchbare" Lösung abgelehnt, und: keine Notstandsregelung sei besser als eine Scheinlösung ist Schröder nun im Begriff, in die Rückzugstellungen zu retirieren.

Es wäre erlaubt, die Notstandsakten mit dem Vermerk "Wiedervorlage Oktober 1961" in die Registratur zu schicken, weil staatsrechtlich so diffizile Fragen wie die der Brauchbarkeit für öffentliche Erörterungen ungeeignet sind, wenn nicht einige Töne in Schröders Kölner Rede aufhören liessen. Seine Erwähnung des "übergesetzlichen Notstandsrechts" im Sinne einer Alternative zu einer von ihm "Scheinlösung" genannten Regelung bestätigt noch nachträglich alle Vorbehalte, die gegen seinen Gesetzesentwurf geltend gemacht wurden.

Es erhebt sich die Frage, ob nicht Schröder selbst an und je auf das "übergesetzliche Notstandsrecht" spekuliert. Zu den von ihm als "Scheinlösungen" abgestakten Regelungen sind offenbar auch die Gegenvorschläge des Bundesrates - der CDU-Mehrheit im Bundesrat! - zu rechnen, denn Schröder hat sie als "in wesentlichen Teilen" der Erfordernissen nicht gerecht werdend bezeichnet.

Für die SPD hat Willy Brandt in seinem Regierungsprogramm noch einmal in aller Deutlichkeit die Bereitschaft zur Mitarbeit an einer Verfassungsergänzung bestätigt. "Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften im Bund und in den Ländern werden wir", so sagte Brandt, "für den Fall von Notständen vorsorgen, gleichzeitig aber sicherstellen, dass Willkür nicht Tür und Tor geöffnet werden". Dieser Satz bestärkt die Umriss einer künftigen Regelung, von der die SPD weisse, dass sie dafür auch die Unterstützung der Kräfte in der CDU finden wird, die lediglich aus Kollegialität und im Vertrauen auf die sozialdemokratische Sperrminorität von einer Brückierung Schröders abgesehen haben.

Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes setzt die Grenzpfosten für jede Änderung an der Verfassung: Unantastbarkeit der Bundesstaatlichkeit, der Mitwirkung des Bundesrates, der Grundrechte und der Gewaltenteilung. Der Bundesrat hat bereits den - von Schröder zurückgewiesenen - Vorschlag der Schaffung eines Notstandsausschusses aus Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat gemacht. Diese Einrichtung würde das Prinzip der Gewaltenteilung aufrechterhalten und eine Diktatur der Regierung vermeiden. Ebenso wichtig ist das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit für die Ausrufung des Ausnahmezustandes statt einer Regelung à la Schröder, nach der eine geringere Zahl von Abgeordneten (nämlich ein Viertel) eine Notstandsdiktatur einführen kann, als für den Sturz eines Bundeskanzlers erforderlich ist.

Selbstverständlich müssen Sicherungen gegeben sein, um nicht legale Streiks zum Vorwand für die Verhängung eines Notstands werden zu lassen. Auch hier zeigt der Bundesratsvorschlag (den Schröder ebenfalls ablehnt), wonach Arbeitskämpfe der Gewerkschaften kein Anlass für Notstandsmaßnahmen sein dürfen, die Möglichkeit einer Lösung. Die Stunde der Not muss die Stunde der Zusammenarbeit aller Demokraten sein. In den Ausschüssen des Bundesrats hat es den Vorschlag gegeben, dem Notstandsartikel die Bestimmung zuzufügen, im Ernstfall tunlicher ein All-Parteien-Kabinett zu bilden. Selbstverständlich könnte eine solche Bestimmung nur die Wirkung eines moralischen Appells ohne rechtliche Bindung haben, aber wäre sie nicht ein heilsamer Zwang, den Notfall nicht parteipolitisch zu missbrauchen?

Viele Einzelheiten bleiben zu regeln und bedürfen ernsthafter Überlegung. Hierzu gehört auch die Verstärkung der Bereitschaftspolizei, von der SPD seit Jahren gefordert, für die der derzeitige Bundesinnenminister nicht mehr übrig hatte als die platonische Feststellung, er würde sie begrüssen. In ihrem eigenen Interesse sollte die Bundeswehr bis zuletzt davon bewahrt bleiben, Ordnungsinstrument im Innern zu sein.

Willy Brandts Regierungsprogramm ist die nochmalige Bestätigung des Angebots, mit der CDU diese Fragen zu regeln, wie immer in Übrigen die Bundestagswahl ausgeht.

Französische Flüchtlinge und Heimkehrer

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Präsident de Gaulle hat ausser der Liquidierung des Putsches der Algerien-Generale auch noch andere Sorgen. Sollte es zu einem Friedensschluss in Algerien kommen, muss er das Problem der Eingliederung der sogenannten Algerien-Franzosen im Mutterland lösen. Das gleiche Problem entstand schon mit dem Ende des Indochinakrieges und durch die Lösung Tunesiens und Marokkos von Frankreich. Erst 1959 wurde aber eine eigene "Kommission" für Flüchtlingshilfe geschaffen. Die Hauptschwierigkeit ist die Unterbringung der französischen Heimkehrer, die an subtropisches oder tropisches Klima gewöhnt sind. Ostfrankreich, insbesondere das Moseldépartement, hätte Arbeitsplätze, ist aber aus klimatischen Gründen nicht geeignet.

Der französische Staat zahlt bis jetzt jedem erwachsenen Heimkehrer 500 NF und für Kinder je 300 NF im Augenblick der Abreise. Bei der Ankunft in Frankreich erhalten die heimkehrenden Familien einen Monat lang eine staatliche Unterstützung für ihre Unterbringung sowie auf Verlangen Ersatz für die Reise- und Übersiedlungskosten. Von 1956-60 wurden dafür 30 Millionen NF verausgabt. Seit Mitte 1960 wird auch für beschleunigte Berufsumschulung und Neuanstellung eine Beihilfe von 4000 NF ausbezahlt. Insgesamt wurden im zweiten Halbjahr hierfür zwei Millionen NF verteilt.

Für 1961 ist folgender Haushaltsplan zur Flüchtlingsunterstützung vorgesehen: Acht Millionen NF "ausserordentliche Hilfe", drei Millionen NF "Neuanstellungshilfe", zwei Millionen NF "Wohnungshilfe".

25 000 französische Landwirte sind aus Marokko und 11 500 aus Tunesien zurückgekehrt; nur 5800 bzw. 2000 sind in den beiden nordafrikanischen Ländern geblieben. Die Heimkehrer wurden zum Grossteil in Südfrankreich untergebracht, teilweise in landwirtschaftlichen Genossenschaften. 1000 wollen nach Paraguay auswandern.

Die heimkehrenden Beamten wurden in die französische Staatsverwaltung eingegliedert, bis auf 4000 französische Beamte aus Marokko. Produktive Berufe wie Ingenieure oder Lehrer fanden ohne weiteres neue Beschäftigungen. Unter den 5000 Flüchtlingen aus Indochina sind zahlreiche "Eurasier", die sich an die ungewohnten Lebensverhältnisse in Frankreich nicht ohne weiteres gewöhnen können; sie wurden teilweise in Flüchtlingslagern in Mittelfrankreich untergebracht. Alle diese Ziffern sind aber gering im Vergleich zu den ungefähr eine Million Franzosen, die im Falle einer Restrenkung Algeriens zum Grossteil nach Frankreich strömen würden. Aus diesem Problem versuchen die französischen Rechtsradikalen weiter ihren politischen Profit zu schlagen.

4. Mai 1961

Der Fall Charlotte Klau

R.G.S. - Vor kurzem kam im bayrischen Landtag ein Urteil eines Sondergerichts zur Sprache. Es handelte sich um das Urteil gegen die im Januar 1945 an der Schaffelfront gefallene Frau Charlotte Klau, die in München-Stadelheim "Im Namen des Volkes" ermordet wurde.

Der Fall ist besonders tragisch. Frau Klau, eine kernensgute Frau, das zeigen ihre letzten Briefe, war jüdischer Abkunft. Ihr Mann ein christlicher Kaufmann, sicherte sie vor der Verschleppung aus "rassischen" Gründen. Die Kinder waren christlich erzogen. Frau Klau aber half ihren jüdischen Verwandten in Köln, sie schickte ihnen Lebensmittel. In dem Todesurteil heisst es:

"Die Angeklagte hat durch ihre Tat ihre Rassenossen unterstützt und ist damit der Heimatfront in den Rücken gefallen. Sie ist mit einem Deutschen verheiratet. Sie konnte in Deutschland ungehindert leben. Wenn sie sich trotzdem mit ihrer Tat gegen das deutsche Volk gewandt hat, so beweist sie damit nur ihren Hass gegen alles Deutsche. Aus jüdischer Gewissensucht und jüdischem Hass wurde ihre Tat geboren."

Das war die Antwort darauf, dass diese Frau Lebensmittel kaufen kaufte, um sie ihren jüdischen Verwandten zukommen zu lassen.

Die Richter, die solche Urteile sprachen, sind bis heute nicht zur Verantwortung gezogen worden. Weit schlimmer: der Würzburger Kaufmann Klau versucht seit 1945 die Aufhebung des Urteils gegen seine hinge-richtete Frau um seiner Kinder willen. Vergebens. Man spricht von "kriegsbedingten Gesetzen". Man zweifelt an der Uneigennützigkeit der Frau Klau. Das Urteil ist heute noch gültig, wenigstens seinem mora-lischen Inhalt nach, der total unmoralisch ist.

In letzten Brief der Frau Klau vom 27. 1. 1945 an ihren 10 jährigen Sohn heisst es: "...Ein Bild schicke ich Dir zurück. Trage es als Talis-man bei Dir, ich hatte es immer bei mir, viele Küsse von mir sind drauf. Meine letzten Gedanken gelten Euch. Schwarz trage nur, soweit Du hast. Das sind ja Ausserlichkeiten. Halte immer zusammen, ich bete für Euer Glück. Herzchen, wenn Du noch weinst, kann ich nicht zur Ruhe kommen, und das willst Du doch nicht? Ich nehme Dich an mein Herz küsse Dich viel tausendmal, mein Geliebtes. Deine treue Mutti."

Die Stimmas dieser "treuen Mutti" sollte heute denen in den Ohren gellen, die es wagen, ein solches Schandurteil nicht zu revidieren, sondern sich auf das "Rechtsgefüge" zu berufen...

Armaßand und selbstherrlich

sp - Der Antrag ist abgelehnt, der Antrag ist abgelehnt... ist abgelehnt. Diese schon stereotyp gewordene Bemerkung des jeweiligen amtierenden Bundestagspräsidenten ist in diesen Tagen im Bundestag recht häufig zu vernehmen. Es handelt sich immer um Anträge der Opposition. Bis zum Wochenende hat der Bundestag ein Mannesprogramm zu bewältigen - etwa 20 Gesetzentwürfe, darunter solche einschneidender Natur, stehen auf der Tagesordnung und sollen bis Freitag erledigt werden. Die CDU/CSU macht von ihrer Mehrheit rücksichtslosen Gebrauch und stimmt fast alle Anträge der Opposition nieder, auch wenn sie noch so sachbezogen und gerechtfertigt sind. Viele ihrer Gesetzentwürfe tragen ausgesprochen einen parteipolitischen Stempel, in vielen Fällen gingen sie auch weit über die Regierungsvorlagen hinaus.

Das eigentlich Beunruhigende bei diesem hektischen Tempo ist die Sorglosigkeit, mit der die CDU sich über verfassungsrechtliche Bedenken hinwegsetzt. Statt Ordnung in die Dinge zu bringen, stiftet sie mehr Verwirrung. Das trifft besonders auf das einschneidende Sozialhilfegesetz zu. Es richtet sich gegen die Gemeinden und damit wird die dritte Grundstufe unseres demokratischen Staates schwer getroffen. Schon heute steht fest, dass das Sozialhilfegesetz, das die Autonomie der Gemeinden unterhöhlt und dessen Grundkonzeption vom Misstrauen gegen die kommunale Selbstverwaltung getragen ist, noch das höchste Gericht unseres Staates beschäftigen wird. Es trägt verfassungsfeindliche Züge und hebt eine bisherige Praxis auf, von der selbst die CDU in ihrem Entwurf gesagt hat, sie habe sich bewährt. Die freiwilligen Wohlfahrtsverbände, deren segensreiches Wirken von allen anerkannt wird, erhalten nun auf Kosten der Gemeinden eine Machtfülle, die ihnen nicht bekommen wird. In der Öffentlichkeit wurden schwere Einwände dagegen erhoben, Experten, die in der Wohlfahrtspflege tätig sind, rieten davon ab, den Entwurf in der vorliegenden Fassung Gesetz werden zu lassen. Aber all das gilt bei der CDU nicht viel, sie schlägt die wohlbegründeten Ratschläge von Experten in den Wind und lässt unberücksichtigt deren fundierte Befürchtungen.

Dieser parlamentarische Stil der Regierungspartei trägt nicht gerade zur Erhöhung von Würde und Ansehen des Parlaments bei. Er offenbart eine von Anmassung geprägte Haltung und sät Zwietracht im Bereich unseres öffentlichen Lebens, die bisher davon verschont geblieben waren.

+ + +

Bewunderung

sp - Es gehört mit dazu, in Ostberlin ein eingeschriebenes Mitglied der deutschen Sozialdemokratie zu sein. Auf diese tapferen Bekenner wird ein mannigfacher Druck ausgeübt, sind sie doch ständig den Lockungen und Drohungen der allmächtigen SED-istischen Staatspartei ausgesetzt. Im vergangenen Jahr mussten 237 Mitglieder der SPD von Ostberlin nach Westberlin flüchten, um der Gefahr der Verhaftung und noch Schlimmerem zu entgehen. In der gleichen Zeit traten 400 neue Bekenner an deren Stelle. Insgesamt sind 5 500 Männer und Frauen in der ostberliner SPD zu verzeichnen. Ihnen gebührt der Respekt und die Bewunderung aller freiheitliebender Bürger. Sie sind ein Vorbild der Treue und der Ausdauer, aber auch eine Kraft, die weit nach Mitteleuropa ausstrahlt und die Übermacht so fürchtet. Deshalb sein ständiges Drängen, diese Kraftquellen vom freien Westen abzuschneiden und sie zu ersticken.

+ + +

"Krieg bedeutet nichts Heroisches"

G.L.- Am 4. Mai waren es 23 Jahre, dass der 1936 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Publizist Carl von Ossietzky, einer der unbeugsamsten Kämpfer für eine Welt der Verständigung, an den Folgen eines sich im Konzentrationslager zugezogenen Lungenleidens starb. Die Brutalität des Nazismus hatte einen Menecher physisch vernichtet, dem Thomas Mann folgenden Nachruf widmete: "Seine Person ist in den Augen der Welt zu einem Symbol für das Leiden des freien und freiwilligen Geistes geworden - mit Recht; denn er hat gelitten für das, was ihm gut und menschlich schien, und das Ende des kranken Mannes ist durch alles, was eine ehr- und gnadenlose Rachsucht ihm zufügte, zum mindesten beschleunigt worden. Die Kythenbildung unserer Tage ist abgeschmackt und erbärmlich wie die Lieder, die der Nationalsozialismus seinen verfälschten Blutzügen singt. Aber nichts widersetzt sich der Vorstellung, dass die nun verewigte Figur dieses tapferen und rein gesinnten Schriftstellers mit der Zeit ine legendäre Mass eines Menschheitskämpfers und -martyrers wachsen könnte".

Der am 3.10.1889 in Hamburg geborene Carl von Ossietzky war von 1919 an der Sekretär der deutschen Friedensgesellschaft, seine Artikel in Zeitungen und Zeitschriften des In- und Auslands waren Mahnungen, aus der Katastrophe des ersten Weltkrieges die Folgerungen zu ziehen. Seit 1927 leitete er die "Weltbühne", eine Zeitschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft, die aus der von Siegfried Jacobson gegründeten Theaterzeitschrift "Die Schaubühne" hervorgegangen war und die als Sprachrohr der unabhängigen, intellektuellen Linken zu den Fragen der Zeit kritisch Stellung nahm. Carl von Ossietzkys unerbittlichen Angriffe gegen den wieder auflebenden Militarismus und seine Warnungen vor Hitler und seinen Helfern erregten Aufsehen und das Missfallen der reaktionären Kräfte in der Weimarer Republik. Ebenfalls viele Feinde verschaffte er sich durch seine Kritik an damaligen Staaten. "Die Geschichte der neuen Verfassung ist nicht die Geschichte ihrer Erfüllung, sondern ihrer Verletzungen".

Unbequem war der unerwähliche Sprecher für den Frieden, der keiner Partei angehörte, und der es immer wieder als seine Pflicht ange-

sehen hatte, darauf hinzuweisen, "dass der Krieg nichts Heroisches bedeutet, sondern dass er nur Schrecken und Verzweiflung über die Menschen bringt, dass Krieg Mord ist", den Machthabern des "Dritten Reiches" sogar im Konzentrationslager. Fanthafte Vertreter des Auslands, Gelehrte und Schriftsteller aus aller Welt waren empört über die Inhaftierung und Peinigung dieses "Friedlichen, den seine Feinde misshandelten, wie in gesitteten Zuständen kein Bandit misshandelt worden ist...", wie Heinrich Mann schrieb. Zahlreiche Organisationen und massgebliche Persönlichkeiten setzten sich dafür ein, dass Carl von Ossietzky für seinen unerschrockenen Kampf für den Frieden und Gerechtigkeit den Friedensnobelpreis erhielt, dessen Annahme ihm von den Nazis verboten wurde. Göring bot ihm eine Rente von 500 Reichsmark monatlich an, falls er auf die Auszeichnung öffentlich verzichten würde. Carl von Ossietzky, obwohl durch die harte Arbeit und Misshandlungen im KZ-Lager Ostfriesland bereits körperlich ein Wrack, lehnte ab. Seinen Geist zu brechen, war auch den SS-Folterknechten nicht gelungen.

Carl von Ossietzky, der als Offizier die Schrecken des ersten Weltkrieges miterlebt hatte, würde auch heute, lebte er noch, von gewissen Kreisen angegriffen und bekämpft werden. Denn von je sind die Mahner unbequem gewesen. Auch heute würde er keine Konzessionen machen und sich selber treu bleiben, wie er in seiner Rede vor der Berliner Ortsgruppe des "Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller" am 17. Februar 1933 gesagt hatte: "Die Gewitterwolken einer neuen düsterschweren Zeit ziehen herauf. Die Menschheitsentwicklung wird um Jahrzehnte, ja vielleicht um Jahrhunderte zurückgeworfen werden. Wir wissen nicht, was im einzelnen geschieht. Aber das eine wollen wir uns heute gegenseitig in die Hände geloben, dass wir, ganz gleich, wohin wir auch in den nächsten Tagen und Wochen verschlagen werden, in die Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager oder in die Emigration, uns selber treu bleiben. Wir werden keine Konzessionen machen".

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel